

Antwort zu den Wahlprüfsteinen von Silbernetz e.V.

1. Generell: Was werden Sie unternehmen, um die Situation der Unsichtbaren – der älteren und insbesondere der hochaltrigen Menschen in Berlin, die unter Einsamkeit und Isolation leiden - zu verbessern?

Einsamkeit betrifft als Phänomen alle Bevölkerungsgruppen und besonders die älteren Menschen. So stieg der Anteil der betroffenen Menschen im Alter von 45 bis 84 Jahren zwischen 2011 und 2017 um 15%. In der Altersgruppe von 65 bis 75 Jahren stieg die Einsamkeitsquote sogar um fast 60 Prozent. Um Einsamkeit und Isolation bei älteren Menschen, welche durch die Corona-Pandemie noch verstärkt wurde, entgegen zu treten, wollen wir an verschiedenen Eckpunkten ansetzen. So wollen wir die Forschung zur Einsamkeit vorantreiben, um bessere Handlungsmöglichkeiten zu haben, Bildungsprojekte zur Gesundheitsvermittlung und zur Förderung digitaler Kompetenzen im Alter schaffen sowie ehrenamtliche Gremien von Senioren (Seniorenvertretungen) stärken (siehe hierzu auch Antworten zu Frage 2, 3, 5 und 6).

Für uns Freie Demokraten hilft vor allem tatkräftiges bürgerschaftliches Engagement mit anwendungsnahen und praktischen Strategien, um die Situation der älteren und hochbetagten Menschen bzgl. Einsamkeit zu verbessern. Ehrenamtliche organisieren bspw. Spaziergänge und Spielenachmittage für ältere Menschen, um Einsamkeit zu reduzieren. Auch innerhalb der FDP gibt es solches Engagement. So hat der Seniorenbeauftragte der FDP Steglitz-Zehlendorf ein Plaudertelefon eingerichtet, um während der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Besuchsverböten um die Weihnachts- und Adventszeit älteren Menschen die Möglichkeit zu geben, mit jemanden zu reden. Da wir bürgerschaftliches Engagement in diesem Sinne als wichtiges Element betrachten, setzen wir uns bspw. für die Förderung von Silbernetz e. V. ein.

2. Was werden Sie konkret unternehmen, um eine valide Datenbasis zu erhalten, die ressortübergreifend abgestimmtes, angemessenes politisches Handeln ermöglicht, um die Ursachen und die sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen von Einsamkeit für ALLE Altersjahrgänge nachhaltig zu beheben?

Wissenschaftliche Studien, Evaluationen und Statistiken sind notwendige Grundlagen politischen Handelns. Daher fordern wir eine Stärkung der landesweiten (und bundesweiten) Kapazitäten und mehr Fachwissen im Bereich der Einsamkeits- und Glücksforschung. Hierfür müssen die Forschungskapazitäten ausgebaut und vorhandene (zivilgesellschaftliche) Institutionen und Netzwerke gestärkt werden. Dabei muss auch an die zukünftige Forschung gedacht werden. Daher sind internationale und interdisziplinäre Forschungs Kooperationen unerlässlich, um den Nachwuchs zu fördern.

3. Wie wollen Sie Einsamkeit entstigmatisieren (z.B. durch welche konkreten und nachhaltig wirksamen Maßnahmen), um die Vielfalt und Würde des Alterns und alter Menschen – ohne Altersbegrenzung – im öffentlichen Bewusstsein zu etablieren, sowie Altersstereotype sichtbar und hinterfragbar zu machen?

Wir betrachten Einsamkeit als eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die viele Menschen, oftmals im Kontext ihres Werdegangs und Lebens (wie bspw. das berufsbedingte Wegziehen in eine andere Stadt, Auszug der Kinder aus dem Haus oder der Wohnung, Verlust des Partners im hohen Alter), betrifft. Vereinsamung berührt diverse Lebensbereiche dieser Menschen und manifestiert sich in der Arbeitswelt, im Freizeitverhalten, in der Gestaltung sozialer Beziehungen und generell in der Partizipation am Leben in der Gemeinschaft. Besonders ältere Menschen sind stark von Einsamkeit betroffen. Eine damit verbundene Stigmatisierung der mit Einsamkeit einhergehenden psychischen Krankheiten wollen wir klar entgegenwirken. Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zur Vorbeugung und Bekämpfung von Einsamkeit wollen wir daher Bildungsprojekte etablieren, die Menschen in allen

Altersgruppen auf breiter Basis Gesundheitskompetenzen vermitteln. Dadurch soll das Erkennen und der Umgang mit Einsamkeit, insbesondere bei älteren Menschen, geschult werden, was gleichzeitig zur Entstigmatisierung der Einsamkeit (im Alter) und den damit verbundenen psychischen Krankheiten beiträgt.

4. Wie werden Sie, solange es keine UN-Konvention zu den Rechten älterer Menschen gibt, die Grundsätze der Behindertenrechtskonvention nach Art. 3 a-g (Menschenwürde, Teilhabe, Chancengleichheit, Zugänglichkeit, usw.), und die Verpflichtungen nach Art.4 (insbes. (1) a-i) auf Hochaltrige anwenden?

Die in Art. 3 der UN-Behindertenrechtskonvention beschriebenen allgemeinen Grundsätze zur Menschenwürde und individuellen Autonomie, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie zur Unabhängigkeit (a), zur Nichtdiskriminierung (b), zur vollen und wirksamen Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft (c), zur Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit (d), zur Chancengleichheit (e), Zugänglichkeit (f) und zur Gleichberechtigung von Mann und Frau (g) sind grundsätzlich auf die Rechte von älteren Menschen übertragbar.

In Art. 4 I (a-i) werden Verpflichtungen gelistet, die die Durchsetzung der Grundsätze fördern sollen. Wir Freien Demokraten handeln bereits im Sinne dieser Grundsätze. So würden wir u.a. eine Novellierung des BerlinerSenG unterstützen. Grundsätzlich wollen wir in Berlin gesetzliche Strukturen schaffen, die eine Stärkung der Selbstbestimmung und der sozialen Teilhabe (unter Einbeziehung des Sozialraums und mit präventivem Charakter) zum Ziel haben.

Auch wollen wir im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention die Barrierefreiheit in verschiedenen Bereichen durchsetzen. So wollen wir die Bedingungen für den Fußverkehr verbessern und u. a. an allen Kreuzungen die Straßenquerungen barrierefrei gestalten. Die Überquerung von Straßen soll in regelmäßigen Abständen möglich sein. Ampeln müssen dafür so geschaltet werden, dass die Querung in einem Zug möglich ist. Angebote für den Fußverkehr müssen ausgebaut und (ältere) Fußgängerinnen und Fußgänger auch vor den Gefahren des Radverkehrs geschützt werden. Radpisten in Fußgängerzonen wie in der Friedrichstraße lehnen wir ab. Gehwege sind schnell in einen sicheren Zustand zu bringen. Planung, Bau, Unterhalt und Pflege von Fußwegen müssen deshalb beschleunigt und verbessert werden. Modernisierungen wie etwa automatische Türen und Fahrstühle, die zur Barrierefreiheit beitragen, dürfen grundsätzlich nicht mehr (z.B. aus Denkmalschutzgründen) verhindert werden.

Zudem setzen wir uns für einen barrierefreien ÖPNV ein. Dass alle Bahn-, S- und U-Bahn-Stationen barrierefrei ausgebaut werden, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Aufzüge dort müssen so gewartet werden, dass sie ständig funktionsfähig sind. Neben dem Inklusionstaxi, das teilweise unzuverlässig ist und oft lange Wartezeiten erfordert, wollen wir barrierefreie Angebote auch in der allgemeinen Taxiwirtschaft schaffen. Viele Seniorinnen und Senioren nutzen auch das Auto für eine sichere und bequeme Fortbewegung, deshalb darf dessen Nutzung nicht zu stark eingeschränkt werden, z. B. ist ein Parkplatzangebot in erreichbarer Entfernung zu gewährleisten.

Ferner sind in diesem Sinne die Antworten zu den anderen Fragen zu beachten.

5. Welche Maßnahmen werden Sie konkret ergreifen, um Ältere und insbesondere Hochaltrige im Zugang zu digitalen Angeboten und Techniken zu unterstützen, aber auch vorhandene niedrigschwellige analoge Kommunikations- und Informationsangebote für Ältere erreichbar zu machen und nachhaltig auszubauen?

Wir Freien Demokraten wollen mittels Bildungsprojekte, die bereits zu Frage 3 angesprochen wurden und die u. a. auch Teil eines Gesamtkonzeptes oder Aktionsplans gegen Einsamkeit sind, die digitale

Kompetenz auf breitester Basis stärken. Der digitale Raum ermöglicht neue Wege, sich zu vernetzen. Insbesondere für ältere Menschen mit eingeschränkter Mobilität eröffnen sich neue Möglichkeiten mit Freunden und Familie in Kontakt zu bleiben. Daher wollen wir die Digitalisierung für ältere Menschen besonders vorantreiben. Hierbei soll es Förder- und Bildungsprogramme in Alten- oder Seniorenwohnheimen bzw. allgemein für ältere Menschen geben. Konkret wollen wir ein zweites Bildungssystem schaffen, mit dem sich Menschen auch im Ruhestand unbürokratisch im Bereich der Digitalisierung weiterbilden können. Besonders bei der Infrastruktur von Alten- und Pflegeeinrichtungen sehen wir weiteren Ausbaubedarf. Genauer sollen die älteren Menschen in diesen Einrichtungen einen Zugang zum schnellen Internet und auf dieser Basis einen Zugang zu mobilen Endgeräten mit Videotelefonie haben, sodass sie nicht von der Gesellschaft abgehängt werden. Digitaler Zugang und digitale Kompetenz sind aus unserer Sicht die Voraussetzung für die digitale Teilhabe älterer Menschen.

Darüber hinaus wollen wir die digitale Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen für Menschen mit Behinderungen bzw. körperlich eingeschränkte (ältere) Menschen umsetzen. Sehbeeinträchtigungen von Menschen nehmen besonders im höheren Alter zu. Daher stellte die FDP-Fraktion im AGH den Antrag „Digitale Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen konsequent umsetzen!“, Drucksache 18/3514, (<https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/IIIPlen/vorgang/d18-3514.pdf>). Darüber hinaus stellte die Fraktion auch den Antrag „Digitalisierung für eine bessere Teilhabe für Menschen mit Behinderungen fördern!“, Drucksache 18/3316 (<https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/IIIPlen/vorgang/d18-3316.pdf>), um grundsätzlich eine bessere digitale Teilhabe für alle Menschen mit Behinderungen bzw. körperlich eingeschränkten (älteren) Menschen einzuleiten und umzusetzen.

Uns ist bewusst, dass einige Menschen im Alter digitalisierte Angebote grundsätzlich nicht nutzen wollen (oder nicht können) und dass digitale Teilhabe eine analoge Teilhabe bzw. ein körperliches Zusammensein bei den meisten sozialen Aktivitäten nicht ersetzen kann. Daher wollen wir kontinuierlich und parallel zum Digitalausbau auch analoge Beteiligungsmöglichkeiten im Gemeinschafts- und Freizeitleben für ältere Menschen gewährleisten.

6. Wie werden Sie in allen Bezirken Berlins dafür sorgen, dass Altenhilfe wie Jugendhilfe als kommunale Pflichtaufgabe ausgeführt, und mit angemessenen Mitteln ausgestattet wird?

Aktive Altenhilfe findet politisch aus Perspektive der Freien Demokraten vor allem auf Bezirksebene statt. Wir setzen uns in diesem Sinne konkret für eine finanzielle und organisatorische Stärkung der Seniorenvertretungen ein, die sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene im Land Berlin ehrenamtlich aktiv sind. Das Engagement der Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter betrachten wir als eine wichtige Säule für die gesellschaftliche Teilhabe und die Einbindung und Mitwirkung älterer Menschen in allen Lebensbereichen. Konkret setzen wir uns auch dafür ein, dass den in den Ausschüssen der BVV tätigen Mitgliedern der Seniorenvertretung in allen Bezirken eine Rede- und Antragsrecht zugestanden wird. Momentan gibt es in den verschiedenen Bezirken unterschiedliche Regelungen. Wir wollen, dass in allen Bezirken gleiche und angemessene Bedingungen vorliegen.

7. Um Einsamkeit entgegen zu wirken - werden Sie eine*n Gemeinssinn-Beauftragte*n (o.ä.) – d.h. eine*n Leiter*in eines Spiegelreferates für Gemeinssinn der Senatskanzlei mit entsprechend Zuständigen in den Senatsverwaltungen – Soziales, Wissenschaft, Gesundheit, Familie, Bildung, Wirtschaft - einrichten?

Wir Freien Demokraten stehen Initiativen, die auf die Schaffung eines Einsamkeitsbeauftragten (oder eines vergleichbaren Beauftragten) im Land Berlin abzielen, skeptisch gegenüber. Eine solche Sonderorganisation wie die eines Einsamkeitsbeauftragten würde allein in der Ablauf- und

Aufbauorganisation der öffentlichen Verwaltung stehen. Somit stünde sie auch außerhalb der Fachlichkeit und hätte keinen Zugang zum staatlichen Unterstützungssystem. Stattdessen wollen wir im Land Berlin das bürgerschaftliche Engagement fördern. Wir bevorzugen in diesem Sinne primär die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen wie bspw. Silbernetz e. V. und das Engagement von Ehrenämtern, die das Gemeinschaftsgefühl aller Altersgruppen stärken, denn Einsamkeit und das Fehlen sozialer Kontakte betrifft nicht nur alte, sondern auch junge Menschen.

Auf Bundesebene setzt sich die FDP-Fraktion im Bundestag für einen Aktionsplan ein, der auf den Empfehlungen einer einzusetzenden Expertenkommission basiert und ressortübergreifende Maßnahmen zur Bekämpfung von Einsamkeit vorschlägt. Alle Ebenen der politischen Verwaltung (Bund, Länder, Kommunen) sollen in die Erstellung und Umsetzung des Aktionsplans miteingebunden werden. In diesem Sinne fordert die FDP-Fraktion zudem die Schaffung einer koordinierenden Stelle im Bundeskanzleramt, die Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Bekämpfung von Einsamkeit anregt und ressortübergreifend abstimmt.